



Interview

Der mündige Bürger – WHO-Regelwerke: „Toxisch von A bis Z und vollständig abzulehnen!“ – mit Philipp Kruse



Besonders bei der Coronakrise wurde laut Philipp Kruse sichtbar, dass es der WHO vielmehr um ihre Geschäftsinteressen geht, als um die Gesundheit des Einzelnen. Zur Umsetzung ihrer teuflischen Agenda bedient sie sich der jeweiligen Staatsregierungen und der gleichgeschalteten Medien. Diese geben die WHO-Falschinformationen eins zu eins weiter. So war es für die Bürger durch die falsch dargestellten Sachverhaltsgrundlagen in der Coronazeit schwierig, sich eine vernünftige mündige Meinung zu bilden. Philipp Kruse gab im Interview auch praktische Lösungsansätze, wie jetzt vorzugehen ist, um weitere Krisen mit all den damit einhergehenden Einschränkungen zu verhindern.

Am 29. März 2025 fand im Kulturhaus Dornbirn die Veranstaltung „Freiheit & Selbstbestimmung – Der mündige Bürger“ mit wichtigen Beiträgen zu Rechtsstaat, Souveränität und Bargeld statt. Veranstalter war die Akademie für Persönlichkeitsbildung Dornbirn.

HOCH2.TV hat auch diesen Beitrag festgehalten und aufbereitet – Kla.TV bringt heute Philipp Kruse zum Thema: WHO-Regelwerke: „Toxisch von A bis Z und vollständig abzulehnen!“

Teil 1: Das Problem

[Moderator:] Ich darf dann den Herrn Kruse als zweiten Redner zu mir bitten. Freut mich sehr. Ja, Herr Kruse, wir hatten gerade schon von Frau Tagberger auch die Überleitung zum E-Impfpass gehört. Das spielt ja im Prinzip in Ihre Materie sehr rein. Also wenn man die gesamten Folgen von Corona, die da angerichtet wurden, betrachtet, dann muss man doch eigentlich rückblickend von einem großen Sündenfall sprechen, von einem groß angelegten Angriff auf die Selbstbestimmung mündiger Bürger, oder?

[Phillip Kruse:] Absolut. Mündigkeit verleiht der heutigen Veranstaltung ja den Titel. Ich erlaube, mich ganz kurz darauf zu beziehen, wurde bereits vom Veranstalter Erwin Rigo angesprochen. Mündigkeit heutzutage bei uns in unseren Gesetzen bezeichnet eigentlich ja nur mehr oder weniger die Volljährigkeit. Aber dahinter versteckt sich – wie schon zu Recht bemerkt – das weitergehende Verständnis, das von Immanuel Kant geprägt wurde. Mündigkeit im Sinne von: Man kann für sich selber sprechen, Teilhabe an politischen Entscheidungen. Und es hat Kant diese Mündigkeit in den Zusammenhang der Aufklärung gestellt. Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Damit bringt er zum Ausdruck, dass eigentlich der Urzustand des Menschen die Unmündigkeit ist und dass er sich zuerst seine Mündigkeit verdienen muss. Er muss sie sich erarbeiten, er muss sie sich antrainieren. Weil mit der Mündigkeit eben zwingend als Voraussetzung verbunden ist, die

Urteilsfähigkeit – also in der Lage zu sein, die Konsequenzen des eigenen Handelns korrekt einzuschätzen.

Und da sind wir heute in einer sehr schwierigen Situation, dass eben die Sachverhaltsgrundlagen – die ja die Voraussetzungen sind, damit man zu einem vernünftigen Urteil kommen kann – dass die durch diese ganze Krisenzeit hindurch monopolisiert einheitlich vorgegeben wurden, von oben nach unten, top down. Letztlich von der WHO orchestriert und eins zu eins weitergereicht an die Regierungen und durch die Regierungen.

[Moderator:] Genau, da möchte ich kurz einsetzen, das ist ja genau der Punkt. Mündigkeit setzt ja Entscheidungsfreiheit voraus und Entscheidungsfreiheit setzt eben auch die Möglichkeit voraus, sich mit verschiedenen Optionen, Handlungsoptionen auseinanderzusetzen. Wenn nun aber von oben, wie wir es ja damals erlebt haben, praktisch Alternativlosigkeiten dekretiert werden. Wenn es heißt: Das ist ein tödliches Virus und wer was anderes behauptet, lügt. Wenn es heißt, die Tests sind zuverlässig und sicher. Wenn es heißt: Wir haben hier eine Impfung, die auf jeden Fall schützt. Und wenn man sagt: Diese Maßnahmen wirken was und wer dagegenspricht, der macht sich sozusagen hier zum Volksfeind. Dann kann ja von Mündigkeit keine Rede mehr sein und von Selbstbestimmung. Und das wurde ja eben nicht nur in einem Land exerziert. Das wurde damals ja wirklich global von oben, wie Sie sagen, top down aufgetragen. Und das wäre dann auch genau das Thema, was die WHO eigentlich heute will, was sie ja immer noch tut. Sie hat ja auch nichts aus dieser damaligen Zeit selbtkritisch reflektiert, im Gegenteil. Sie versucht ja daraus eigentlich ein Prinzip zu machen, das auch heute noch greift. Stichwort Pandemievertrag, oder?

[Phillip Kruse:] Ja, richtig. Also diese Monopolisierung der Informationen war eine Konstante während der gesamten Coronakrise. Das hat es schon sehr, sehr lange gegeben und wurde von der WHO in den letzten 10, 15 Jahren eigentlich auch so entwickelt. Und dieses Grundprinzip, unter dem Titel ‚Infodemics‘ [Infodienste] kommt es daher, soll sowohl im Pandemievertrag – der aber noch ausgehandelt werden muss – als auch in den bereits ausgehandelten und abgestimmten Anpassungen zu den internationalen Gesundheitsvorschriften dort verankert werden. Das heißt, wir haben eine Zementierung oder Formalisierung dessen, was wir jetzt erlebt haben. Das bedeutet natürlich, dass wir alles andere erwarten können, als dass sich jetzt die Diskussion öffnet, dass wir verschiedene Positionen hören werden und eben eine freie Debatte in der Wissenschaft – sondern im Gegenteil: Es wird noch mehr monopolisiert und dadurch eben die Urteilsfähigkeit des Bürgers, seine Mündigkeit verunmöglicht.

Ein ganz wesentliches Element kommt noch dazu, das ist das Einwirken von Angst, von Bedrohungsszenarien. Jeder Mensch weiß, dass Angst sich eben auf das freie Denken sehr, sehr lähmend auswirkt. Und eben gerade dann die Fähigkeit, selber vernunftgemäß zu handeln, lähmt. Und da kann man wieder zurückkommen zu Kant und zur ursprünglichen Feststellung, dass eben die Mündigkeit, die will trainiert werden. Man muss sich aktiv diese Informationen beschaffen. Man muss versuchen, kritisch hinter die Kulissen zu schauen und dann auch den Mut haben. Kant hat das sehr richtig erkannt. Man muss dann den Mut haben, danach zu handeln, auch wenn es etwas unbequem wird. Und das ist dann eben eine Frage des Trainings.

Jetzt hatten wir in den letzten vier Jahren Gelegenheit, das einmal zu lernen. Wir haben uns dagegen geimpft und müssen das in Zukunft unter diesen Pandemieverträgen – um sie abzuwehren – dann noch sehr viel deutlicher an den Tag legen.

[Moderator:] Der Herr Ghebreyesus, der Chef der WHO, hatte ja eigentlich ursprünglich vor, schon 2024 den Pandemievertrag „in trockene Tücher zu bringen“. Das ist ja, ich möchte mal sagen, zum Glück bislang gescheitert. Aber wir sehen ja hier, die Agenda läuft munter weiter. Die Eckpunkte für 2025 zeigen also in eine eindeutige Richtung. Hier wird mit Hochdruck versucht, das Unvermeidliche gewissermaßen zu exerzieren. Was bedeuten denn eigentlich dieser Pandemievertrag und vor allem die Änderungen der internationalen Gesundheitsvorschriften für die Freiheit jedes Einzelnen mit Blick auf Missachtung des Nürnberger Kodex, Zwangsbehandlungen, keine Impffreiheit mehr und so weiter? Was hat das für Konsequenzen?

[Phillip Kruse:] Ja, hier sprechen Sie den eigentlichen Sündenfall an, den wir in den letzten vier Jahren erlebt haben, der etabliert wurde. Man hat den Menschen verheimlicht, dass diese Substanzen völlig unbekannt, unbewährt waren. Man hatte bei ihrer Einführung keine wissenschaftlichen Daten, um sagen zu können: Sie sind wirksam, sie sind sicher. Es handelte sich um ein klassisches Experiment. Und man hat diese Daten, diese Substanzen so dargestellt, als wären sie wie alle anderen normalen Impfungen auch genau gleich sicher, genau gleich wirksam. Das ist Täuschung.

Und wenn Sie jetzt davon ausgehen, dass es sich eben um einen Versuch handelt, dann muss man wissen als Jurist, dass das Durchführen von Versuchen unter dem Stichwort Nürnberger Kodex aufgrund der Gräueltaten im Zweiten Weltkrieg absolut verboten ist. Völkerrechtlich zwingendes Recht ist das! Schauen Sie mal, wie erleichtert die Menschen hier klatschen, obwohl ich nur eine Selbstverständlichkeit ausspreche. Das ist zwingendes Völkerrecht, geschätzte Damen und Herren. Steht so im UN-Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte, Artikel 7. Und Artikel 4 sagt dann: Diese zwingende Regel gilt sogar in Zeiten der Pandemien, die formell ausgerufen sind und die das Leben einer ganzen Nation bedrohen könnten. Also das ist eine Regel ohne Ausnahme, mit anderen Worten. Und die massenhafte Verletzung dieser Regel ist dann ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach dem Römerstatut. Da sind wir in diesem großen Szenario.

[Moderator:] Ja, also da ist ja noch ein weiterer Aspekt. Die IGV ging ja noch viel weiter in den Regelungen. Also es betrifft ja nicht nur medizinische Aspekte. Es wird dort ja zum Beispiel vorgeschrieben, dass die Regierungen gegen Desinformation – oder was immer darunter zu verstehen ist – vorgehen sollen. Also sprich auch Einschränkung der Meinungsfreiheit und anderer Grundrechte. Was dann für jeden, der sich kritisch über diese, der seine Rechte in Anspruch nimmt, kritisch über diese Entwicklung äußert. Das muss man auch noch sehen. Das ist also nicht nur eine Gesundheitsdiktatur, die hier vorgesehen ist, sondern die reicht also wirklich schon fast in die wörtliche Bedeutung des Begriffs Diktatur rein. Oder habe ich das falsch jetzt wiedergegeben?

[Phillip Kruse:] Absolut richtig. Und die WHO ist hier der Taktgeber in Bezug auf ein eigentliches Lügengebäude. Und ich habe hier die wichtigsten, nicht abschließend, aber die wichtigsten Punkte dieses Lügengebäudes mal aufgezählt, bei welchem es uns heute noch in keinem einzigen Gerichtsfall – zumindest nicht in einem deutschsprachigen Land – gelungen wäre, irgendeinem Anwalt, das richtigzustellen.

Also nach wie vor wird von den Gerichten angenommen, dass SARS-CoV-2 die gefährlichste Bedrohung seit der Spanischen Grippe sei. Nach wie vor wird gesagt, man kann diese epidemische Bedrohung nur mittels PCR-Test messen. Und man sagt nach wie vor, dass die mRNA-basierten Covid-19-Impfungen, dass

die wirksam sind und sicher und das das außer Frage steht. Und vor allem eben, man bestreitet, dass es sich um einen Versuch handelt.

Natürlich gibt es noch weitere Punkte: Das totale Fehlen von Pharmakovigilanz [= die Überwachung der Sicherheit von Arzneimitteln und die Erkennung und Abwehr von Arzneimittelrisiken] und auch, dass man Alternativen total unterdrückt hat.

Aber das sind so die Eckpunkte eines eigentlichen Lügengebäudes. Ich habe in der Steuerverwaltung auch gearbeitet und als Steueranwalt. Und da ist das Stichwort ‚Lügengebäude‘ ganz konstituierend für Steuerbetrug. Also in umgekehrter Hinsicht hat der Staat überhaupt keine Schwierigkeiten, beim Verschachteln von Unternehmungen ein Lügengebäude zu erkennen. Und hier errichtet er selber eines und hält es über Jahre aufrecht. Das ist nach wie vor die Situation. Und dieses Lügengebäude, wer es angreift – beispielsweise in Zürich gerade ein Arzt – dem wurde die Zulassung entzogen. Deshalb, weil er in wahrer Erkenntnis über die wahren Tatsachen dreien seiner Patienten ein Befreiungsattest zur Impfung ausgestellt hat. Und da sagt die Gesundheitsbehörde des Kantons Zürich: „Sie sind kriminell, Sie haben kriminelle Energie. Sie gefährden die öffentliche Gesundheit. Wir entziehen Ihnen die Approbation.“ Dieser Mann hatte in den ersten Monaten pro Monat 50.000 mehr Schulden. Das ist eine schwere Sanktion von kriminellem Gewicht.

Also ich will damit nur sagen, dieses Lügengebäude wird heute noch mit Haken und Ösen verteidigt. Und ja, Sie haben es angesprochen: In den neuen Gesundheitsvorschriften steht das explizit drin, dass die Staaten sich dazu verpflichten müssen, all solchen Ärzten und anderen Leuten – die mutig die Wahrheit sagen – entgegenzuwirken und in den sozialen Medien aufzuräumen.

[Moderator:] Es gab ja letztes Jahr, oder besser gesagt nach der Wahl Donald Trumps, hat man ja große Hoffnung gehabt, dass das zerschlagen wird. Trump hat ja in einer seiner ersten Executive Orders tatsächlich auch den Austritt aus der WHO angekündigt. Und es sind dann andere gefolgt, Argentinien. Auch in Europa gibt es mittlerweile Staaten, die definitiv. . . Genau, also die Slowakei oder auch Ungarn lehnen ebenfalls einen Pandemievertrag der WHO strikt ab. Und da gibt es also Hoffnung.

Andererseits hat sich natürlich hier ein Kartell gebildet von Staaten, die also alles tun, offensichtlich diese Agenda – die Sie hier in den Eckpunkten beschreiben – doch noch durchzusetzen. Bestehen da Hoffnungen, dass das gesamte Konstrukt WHO tatsächlich da zu Fall gebracht wird durch Trump? Oder ist es eher so, dass die jetzt noch mehr in Abhängigkeit von autoritären Regimes wie vielleicht China geraten und vielleicht von noch mehr Milliardär-Stiftungen abhängig werden und dann dasselbe praktisch in einer verschärften Form tun?

[Phillip Kruse:] Also ich muss sagen, das ist jetzt auslegungsbedürftig und letztlich Spekulation, wie es da weitergeht. Für mich das Positive an Trumps Schritt vom 20. Januar, da hat er mit einer Executive Order angeordnet: Es seien alle Voraussetzungen zu schaffen und Vorbereitungen, damit die USA aus der WHO austreten. Und er hat es sinngemäß begründet damit, er hat gesagt: Die WHO ist ein Gesundheitsdienstleister, eine Dienstleistungsorganisation im Bereich der Gesundheit. Der Auftrag ist definiert in Artikel 1 ihrer Verfassung. Sie hat ihren Auftrag verletzt, schwere Vertragsverletzung, deshalb kündigen wir den Vertrag.

Und diese Grundhaltung müssen wir uns auch zu eigen machen. Wir müssen mit derselben Kritikfähigkeit dieser internationalen Organisation gegenüberstehen

und den Politikern klar machen, dass es sich hier nicht um Gesundheitsapostel handelt, die selbstlos handeln. Sondern dass die Finanzierungsstruktur schon bereits ganz klar aufzeigt – so wie sie auf der Homepage aufzufinden ist – dass die WHO in ganz erhöhtem Ausmaß von den Interessen der WHO finanziert und gesteuert wird und es deshalb eben um ein ganz großes Business geht.

Und hier müssen wir einfach einhaken, kritisch die Leistungen, die tatsächlichen Leistungen der WHO durch unsere politischen Vertreter hinterfragen lassen. Ja, sie hat den Auftrag, die Gesundheit zu schützen und eben nicht, die Interessen der Pharmaindustrie zu bestätigen.

[Moderator:] Genau, das leitet auch zu meiner nächsten Frage über. Man kann ja sagen, der Rechtsstaat kam unter Corona mehr unter die Räder als je zuvor. Und es wurden da diverse Grundrechte über Monate eingeschränkt und ausgesetzt – natürlich alles nur mit vermeintlichem Hinweis auf den Lebensschutz, auf das Wohl des Einzelnen, auf den Gesundheitsschutz. Und was damals eigentlich etabliert wurde, und wovon wir heute eigentlich alle noch ein Lied singen können, was uns heute auch quält, ist dieses Prinzip des Ausnahmezustands, des permanenten Ausnahmezustands. Dass also Politik heute gemacht wird mit dem Hinweis: Es ist alternativlos, es geht nicht anders, es ist ein Notstand! Und das sehen wir ja nicht nur letztlich bei der Pandemie, das sehen wir auch bei Klima. Wir sehen es beim, jetzt im Moment aktuell, Ukrainekrieg. Und da fragt sich schon: Ist das auch Teil einer Agenda, hat das Methode?

[Phillip Kruse:] Es hat mit Sicherheit Methode, wenn wir die Vorgänge auf der Stufe UNO anschauen, Zukunftspakt. Hier ist im weitesten Sinne eine Grundidee fixiert, dass die UNO in allerlei Art von Notständen besondere Handlungskompetenzen bekommen soll. Wenn wir hier auf die letzten vier Jahre als Erfahrungswerte zurückschauen, dann sieht man sehr schön, wie man das Grundprinzip der Rule of Law – also der Herrschaft des Rechtes, der Demokratie – wie man das auf die Seite geschoben hat und ersetzt hat durch die Rule of Emergency, also sprich: Not kennt kein Gebot. Alles ist erlaubt, was diesem offiziell deklarierten Ziel dient.

Ich habe das hier etwas grafisch dargestellt. Auf der linken Seite sehen Sie eigentlich die Grundidee, wie ein Staat mit Gewaltentrennung funktionieren sollte mit seinen drei Gewalten: mit der Regierung, mit der gesetzgebenden Gewalt, der Legislative und den Gerichten. Die sind voneinander unabhängig, die halten sich gegenseitig die Waage und kontrollieren und überwachen sich auf der Basis eigenständiger, unabhängiger Informationen. Und jetzt unter Corona ist die WHO aufgetreten mit dem Anspruch: Es dürfen nur diejenigen Informationen den Entscheidungen von Regierung, von Parlamentariern, von den Gerichten zugrunde gelegt werden, welche WHO-konform sind. Und das muss ich hier einfach sagen in aller Klarheit. Ich habe etwa 35, 40 vollständige Verfahren geführt gegen rechtswidrige Maßnahmen oder zum Schutz von Ärzten. Und was ich immer wieder von den Gerichten höre ist: Nein, ihre Sachverhaltsausführungen, die widersprechen den Vorgaben der WHO. Maßgebend ist in Zeiten der Pandemie, was die Experten der WHO und die von der WHO genehmten Experten der Regierung vorgeben. Wir dürfen das nicht überprüfen.

Und das ist eine Deaktivierung der Gewaltentrennung und am Ende eine vollständige Suspendierung des Grundrechtsschutzes! Also das heißt, am Ende können ja die Gerichte die Grundrechte nicht mehr schützen, wenn sie den Sachverhalt – den wir Anwälte ihnen vorgeben – den evidenzbasierten Sachverhalt nicht einmal zur Kenntnis nehmen. Dann heißt es eben, am Ende

sind all diese Staatsgewalten, sie hängen quasi wie an den Informationsstrippen der WHO. Das bedeutet es, wenn wir eben so eine Notstandsgesetzgebung haben. Es werden demokratische Kontrollmechanismen einfach ausgeschaltet im Interesse einer Monopolisierung des Gesundheitswesens. Also nur noch ganz wenige Produkte sind anerkannt, die müssen genommen werden. Und das verfolgt ganz klar ökonomische Zielsetzungen und nicht den Gesundheitsschutz.

[Moderator:] Und es ist natürlich eine Perversion des Souveränitätsprinzips, weil letztlich ja so wie die Bürger bei Corona entmündigt wurden, werden heute im Prinzip ganze Staaten durch die UNO entmündigt.

[Phillip Kruse:] Richtig, ja absolut. Also das wollte ich, das hatte ich vergessen zu sagen. Es ist nicht nur ein Problem des mündigen Bürgers, sondern der ganze Staat wird unter Kuratel gestellt, also entmündigt. Er wird seiner Souveränität beraubt, wenn ihnen ja die Informationen geraubt werden. Wenn sie nicht die eigenen verdienten Wissenschaftler herbeirufen dürfen in den Expertenrat der Regierung. Wenn ein Professor Haditsch nichts zu sagen hat oder diskreditiert wird, dann beraubt sich der Staat selber seiner Handlungsgrundlagen. Und das ist natürlich eine maximale Gefahr für die Handlungsfähigkeit des Staates, der ja eigentlich die Bürger schützen sollte. Er sollte die Gesundheit der Bürger schützen und das kann er nur, wenn er das auf unabhängigen, selber wissenschaftlich ermittelten Sachverhaltsgrundlagen tut. Und deshalb ist dieses Regelwerk der WHO toxisch von A bis Z und vollständig abzulehnen.

[Moderator:] Das war ein schönes Schlusswort für Ihren Beitrag in der ersten Runde.

Teil 2 - Lösungsansätze

[Moderator:] Ja, dann würden wir jetzt zum Herrn Kruse kommen und da mal mit großem Interesse auf die Ausblicke gespannt sein. Ja, steigen wir am besten da ein. Ich denke, das meiste ist noch präsent, was wir vorhin besprochen haben. Hauptthema natürlich Mündigkeit. Wie können wir mit Blick auf die nächsten Jahre unsere bürgerlichen Freiheiten verteidigen und unsere stetig eingeengten Rechte wiedergewinnen?

[Phillip Kruse:] Ja, bevor ich hier die eigentliche Antwort gebe, möchte ich meinem großen Optimismus Ausdruck geben, der daher röhrt, dass hier über 500 Menschen sind. Und ich möchte das gerne etwas konkretisieren. Mich würde interessieren, wer von Ihnen ist aus Österreich? Ich darf Sie bitten, kurz aufzustehen. Bitte alle aus Österreich. Ja, das ist jetzt aber doch interessant. Für diejenigen, die nicht meine Perspektive haben, ich glaube etwa 90 Prozent zu sehen. Danke, dass Sie aufgestanden sind.

Aber jetzt natürlich die nächste Frage. Wer ist aus Liechtenstein angereist? Ich begrüße alle, die aus Liechtenstein angereist sind, herzlichen Dank. Dankeschön. Dann darf ich fragen, wer hat den weiten Weg aus Deutschland auf sich genommen? Bitte kurz aufstehen. Bravo, das sind etwa 50 aus Deutschland, vorher waren es etwa 30 aus Liechtenstein.

Und jetzt aus der Schweiz. Darf ich kurz bitten, aufzustehen, wer aus der Schweiz hier angereist ist. Bravo, jawohl, so, Dankeschön. Und das ist schon der erste Teil meiner Antwort! Eine Antwort, die wir uns alle geben können: Wir sind nicht alleine und wir arbeiten zusammen. Dieser Saal ist proppenvoll mit Menschen aus Österreich, aus Liechtenstein, aus der Schweiz und aus Deutschland. Sie sind die Lösung, wir sind alle die Lösung, bravo!

Um bei der Mündigkeit gleich anzuknüpfen. Ein mündiger Mensch, habe ich erklärt, der ist in der Lage, die Folgen seines Handelns zu verstehen, aber auch die Folgen seines Unterlassens. Er weiß: Wenn ich nichts tue, dann werden mir die Rechte genauso in Zukunft genommen, wie sie mir in der Vergangenheit genommen wurden. Wir haben gesehen, dass die Menschenwürde eben nicht in Stein gemeißelt ist, obwohl sie in Artikel 1 des deutschen Grundgesetzes vermeintlich für alle Jahre verbrieft wurde. Das heißt, wir müssen für unsere Rechte aktiv nach wie vor einstehen und dürfen nicht schweigen. Dazu gehört, dass wir absolut klarsichtig verstehen, was mit uns in den letzten vier Jahren gemacht wurde. Wir müssen verstehen, dass wir systematisch getäuscht wurden, koordiniert und dauerhaft getäuscht wurden. Und wir müssen darauf hinweisen, dass staatliche höchste Stellen noch heute an diesem Lügengebäude festhalten und heute noch Ärzte verfolgen und sanktionieren, welche das Richtige sagen und das Richtige tun. Und dagegen müssen wir uns alle gemeinsam zur Wehr setzen und diesen Ärzten, diesen mutigen Menschen aktiv helfen durch unsere Stimme! Danke.

Ich habe einen wirklichen Notstand festgestellt. Ein Notzustand wurde erwähnt von der geschätzten Kollegin, der Ärztin Sharon in den Jugendpsychiatrien. Und ich habe den Notstand bei mir in der Anwaltskanzlei festgestellt. Mir haben die Menschen die Bude eingerannt und ich konnte nicht einmal E-Mails beantworten. Dort herrschte Notstand, weil der Staat die gesamte Bevölkerung getäuscht hat und um seine Grundrechte gebracht hat. Hier müssen wir unsere Stimme erheben. Da dürfen wir auf gar keinen Fall lockerlassen. Das ist die Ausgangslage.

Wie wir das nun machen, da möchte ich auch darauf hinweisen. Es gibt tausend verschiedene Wege. Sie haben ihren Weg. Sie haben ihr Umfeld. Sie haben ihre Stärken, ihre Kompetenzen. Und glauben Sie nicht, es gibt nur die eine Petition. Ich werde ein paar Petitionen gleich erwähnen. Sondern Sie sind die Lösung. Das ist das Allererste, was ich sagen wollte. Gut, jetzt darf ich konkreter werden.

Kurze Nachfrage von Ihrer Seite vielleicht?

[Moderator:] Das ist hochinteressant. Das ist ja auch mehr in Vortragscharakter gedacht, die zweite Runde, weil die Lösungen erfordern ja auch eine stringente Darlegung. Höchstens vielleicht eine Frage in Zusammenhang bei den Grundrechten, weil Sie das auch gerade erwähnt hatten. Viele Menschen haben jetzt nicht nur in den Berufsständen, die Sie genannt haben, sondern auch in der Bevölkerung, glaube ich, ein unglaubliches Ausmaß an Resignation erlebt. Und viele haben irgendwie das auch kognitiv nicht auf die Reihe gekriegt, dass ihnen das eine erzählt wurde und sie etwas ganz anderes wahrgenommen haben. Ich glaube, das hat einen riesigen Schub nochmal gegeben, was Politikverdrossenheit betraf. Geht es mehr darum, jetzt mit Blick auf eine Lösung und die Mündigkeit wieder zu gewinnen, geht es mehr darum, das Vertrauen in die Politik wiederherzustellen? Oder geht es vielleicht darum, ganz andere Wege zu gehen und zu sagen: Wir trauen der Politik hier gar nichts mehr zu, wir glauben ihr auch nichts mehr. Wir gehen sozusagen unsere eigenen Wege, indem wir uns vernetzen. Graswurzelarbeit, wie auch immer. Ich rede jetzt nicht von Revolutionen oder so was. Ich meine nur Vernetzung im Sinne von aktivem Bürgerwiderstand. Was ist der Ansatz?

[Phillip Kruse:] Ja, die aktuelle Politik ist ja ein Abbild unserer Wahl, der Wahl unserer Mitmenschen. Also müssen wir bei den Mitmenschen ansetzen. Wir sind das Volk. Das heißt, unsere Mitmenschen überzeugen. Es ist nicht unsere Aufgabe, das Vertrauen in die Politik wiederherzustellen, sondern die Politiker

unseres Vertrauens zu wählen. Und *sie* müssen beweisen, dass sie unseres Vertrauens würdig sind. Das ist mal die Ausgangslage.

Dann grundsätzlich müssen wir uns bewusst machen: Wir waren seit dem Zweiten Weltkrieg gewohnt, dass uns die Grundrechte geschenkt wurden. Dass die Wohlstands-Grundlagen von uns nur durch Arbeit erarbeitet werden mussten. Wir brauchten nur eine Ausbildung zu machen, tüchtig und fleißig unseren Beruf zu erfüllen. Aber niemals stand es zur Debatte, dass wir auf die Straße gehen mussten. Niemals wäre es uns in den Sinn gekommen, mir zumindest nicht, solche Reden zu halten und an Kundgebungen zu gehen. Und das muss leider so lange von uns gepflegt werden, bis wir unsere Grundrechte wieder zurückhaben. Das heißt, wir müssen einen Paradigmenwechsel machen. Wir müssen uns unsere Grundrechte dadurch zurückholen, dass wir sie von den Politikern einfordern. Und das machen wir von unten hoch. Und da werde ich jetzt sehr konkret.

Es gibt ein konkretes Datum im Zusammenhang mit der Weltgesundheitsorganisation, mit den Anpassungen der Gesundheitsvorschriften. Ich habe es vorhin erwähnt, der 19. Juli. Wenn bis dann unsere Regierungen diesen Anpassungen nicht widersprochen haben – also keine Widerspruchserklärung in Genf bei der WHO eingereicht haben – dann werden diese Anpassungen in Rechtskraft erwachsen. Dann ist es vorbei mit Aufarbeitung. Dann wird die WHO das als Signal auffassen: „Jawohl, mit der Vergangenheit sind sie einverstanden. Jetzt sollen wir die Schraube noch ein bisschen enger anziehen.“ Das ist die Botschaft, die bei der WHO ankommt.

Das heißt, in allererster Linie, was wir machen können, ist unsere Energie darauf verwenden, dass die Politiker auf der Gemeinde, auf der kommunalen, regionalen und Bundesstufe merken: Hier müssen wir den Fuß reinhalten.

Es gibt verschiedene Petitionen: Hier in Österreich, in Vorarlberg, wurde gestern vorgestellt von einer Dame, die das für Österreich macht.

In der Schweiz haben wir das *Aktionsbündnis Freie Schweiz*. Dieses Aktionsbündnis unterstütze ich auch mit Vorträgen und Input. Wir haben eine Petition schon vor zwei Monaten lanciert. Das Ziel dieser Petition ist, den Parlamentariern, wenn sie in der Sommersession im Juni zusammenentreten – und in der Schweiz wird über die Anpassungen debattiert werden – ein Signal zu senden aufs Pult, das sie noch nie gesehen haben. Nämlich 100.000 Unterschriften, Menschen, die sagen: Weist diese Gesundheitsvorschriften zurück! Wir wollen zuerst die Aufarbeitung! Das ist ein möglicher Schritt, ein mögliches Vorgehen. Man muss sich Gehör verschaffen.

Denken Sie nie, es nützt nichts. Ich weiß nicht, das hat gerade Sharon auch gesagt. Was wäre – wir wissen ja gar nicht, was geschehen wäre – wenn niemand auf die Straßen gegangen wäre im 2020, 2021, 2022. Lassen Sie sich niemals einreden, es nützt nichts! Sie waren zu Hunderttausenden in Wien auf den Straßen.

Und genau mit derselben Logik müssen wir uns Ausdruck und Nachdruck verschaffen. Mit allen Möglichkeiten, die wir haben, die am Ende zur Kenntnis genommen werden. Schreiben Sie Briefe, beteiligen Sie sich an den Petitionen. Aktionsbündnis Freie Schweiz kann übrigens auch aus dem Ausland unterzeichnet werden. Und stoßen Sie Information an in Ihrem Umfeld. Ich höre immer wieder auch von Ärzten, dass Menschen, die an gesundheitlichen Schäden leiden, durchaus ein offenes Ohr haben – um zu verstehen, woher diese Schäden kommen und wer ihnen helfen kann.

Lassen Sie uns diejenigen sein, die diese Hilfe vermitteln. Und so werden wir Menschen für Menschen weiter auf unsere Seite rüberbringen.

[Moderator:] Ich möchte Ihnen nicht in die Suppe spucken und den „Party Pooper“ geben. Es ist nur so, wenn wir hier über diese Themen sprechen, was Sie jetzt sagen, das wird jeder hier im Raum blind unterschreiben. Und das ist auch alles sinnvoll. Und wir sind ja hier in einer gewissen Community. Da ist das natürlich, wenn man so etwas äußert, wie ein Bällebad. Ich meine, da finden Sie keinen Widerspruch. Das ist ja auch absolut okay. Das ist auch berechtigt.

Bloß das große Problem ist die Stigmatisierung, die Ausgrenzung. Dass solche ganzen Veranstaltungen, jeder, der hier sitzt, hat diese Erfahrung schon gemacht. Oder die allermeisten, würde ich annehmen. Und wir auch letztlich, dass wir alle nur mehr oder weniger immer noch auch fünf Jahre nach Corona unter uns sind, leider. Also es gibt da draußen eine schweigende Mehrheit, die entscheidet auch leider im Moment immer noch die Wahlen. Und man dringt zu denen nicht durch. Das Scharnier sind die öffentlich-rechtlichen Medien. Das Scharnier ist diese Schweigespirale im öffentlichen Raum, in verschiedenen Bereichen, Kulturbetrieb, sonst wo, wo das alles, was wir hier sagen und tun, eigentlich in die Verschwörungsecke und in die Schwurblerecke gedrückt wird, immer noch. Und die große Herausforderung von allem, was Sie da sagen, ist doch die: Wie durchbrechen wir diese Wand nach außen? Weil, wir wollen es oft nicht hören, aber es ist leider so, dass wir ausgegrenzt werden als eine Art Sekte. Obwohl wir natürlich eigentlich mit objektiven Fakten, mit nicht widerlegbaren Fakten arbeiten. Im Gegensatz zu der anderen Seite: Die lügen, sie betrügen, sie benutzen die falschen Informationen. Wir haben die wirklichen Informationen. Die Desinformation ist auf der anderen Seite.

Aber in der öffentlichen Wahrnehmung werden wir hingestellt, als wären wir nach wie vor die „Spinnenden“. Was kann man tun, um da aufzubrechen? Weil ich sehe ein ganz großes Problem – jetzt gerade mit Blick auf die Zukunft – dass da eben möglicherweise im Moment noch viel mehr passiert, um diese Desinformation, um diese Zensur voranzutreiben. Stichwort EU, Digital Services Act. Erwin hat es am Eingang erwähnt.

Was kann man tun, um das – was Sie jetzt alles richtigerweise zusammengetragen haben – auch an die zu tragen, denen das Problem noch gar nicht bewusst ist? Außerhalb unserer Blase.

[Phillip Kruse:] Ich kann nicht für alle sprechen. Aber ich habe in den letzten drei, vier Jahren immer ein Prinzip gesucht. Nämlich, wo ist die Mauer des Gegners am schwächsten? Und dort habe ich voll Schub gegeben. Da habe ich aber alles gegeben. Und ich habe nicht aufgehört. Und deshalb hat es nicht nur eine Strafanzeige gegen Swissmedic gegeben, sondern auch noch eine vollständige Neuauflage 2.0. Ich habe dem gesamten Team gesagt: Wir machen noch mehr rein, noch besser, noch schärfer. Und wir machen eine Pressekonferenz, die es noch nie gegeben hat in der Schweiz. Wo übrigens auch hier Professor Martin Haditsch anwesend war und mitgeholfen hat, Professor Andreas Sönnichsen mitgeholfen hat.

Und der schwächste Punkt in diesem ganzen Lügengebäude, den Sie jedem Kindergärtner oder jedem Redaktor oder jedem Nationalrat innerhalb von einer Minute erklären können, unwiderlegbar – aus meiner Sicht, in diesem Zusammenhang der ganzen modifizierten mRNA, ist der: Es ist unwiderlegbar und unbestreitbar, dass man im Zeitpunkt der Einführung dieser Substanzen

keinerlei Studien hatte, um die mittelfristigen und langfristigen Wirkungen, insbesondere schädlichen Nebenwirkungen, zu kennen.

Damit hat man per Definition eine Substanz im Blindflug eingeführt. Man hat die Studie Phase 3 noch nicht durchlaufen. Man hat sie in Echtzeit gemacht. Das heißt, man hat die gesamte Allgemeinheit einem Versuch unterzogen. Dahin müssen Sie kommen, im Gespräch. Stimmen Sie mit mir überein – fragen Sie Ihre Kollegen – oder haben Sie einen Beweis dafür, dass im Dezember 2020 Studienvorlagen für die Wirkung in drei Jahren, in vier Jahren, in fünf Jahren? Dann bitte zeigen Sie uns diesen Beweis. – Gibt es nicht.

Und jetzt kommt der juristische Teil davon, den ich vorhin nur angesprochen habe, aber ich habe es erwähnt. Das ist *zwingendes Völkerrecht* und *zwingendes Verfassungsrecht*. Das ist das absolute Verbot, Versuche an Menschen durchzuführen, ohne deren vollumfängliche Information und Freiwilligkeit, in der Kurzformel *informed consent*.

Die Schlüsselinformationen, die man den Menschen im Minimum hätte geben müssen, wären gewesen: Es tut uns leid, wir wissen nicht, was dabei herauskommt. Es ist ein Versuch. Wir hoffen, dass es gut wird; wir glauben, dass es gut wird. Aber wir können Ihnen überhaupt keine Zusagen machen. Hätte man ein Minimum geben müssen! Und bis heute wird diese Schlüsselinformation unterdrückt, geschweige denn von all den anderen Informationen.

Und das ist für mich der schwächste Punkt! Der schwächste Punkt, den ich Sie bitte, wenn Sie mal die Chance haben, in einer Diskussionsrunde zu sitzen, vorm Fernsehen oder mit anderen sprechen zu müssen. Sie sind die einzige Person und Sie fühlen einen großen Nervositätsdruck, dann kommen Sie mit diesem Punkt unwiderlegbar auf der Sachverhaltsebene und unwiderlegbar auf der Rechtsebene.

Das ist meine Empfehlung, das zu nutzen, ein Argument, das ich Ihnen mitgebe. Denn dann könnte der Mitwelt bewusstwerden, was für ein großes Verbrechen allen angetan wurde. Sowohl denjenigen, die dann die Substanzen genommen haben, ohne informed consent, als auch denjenigen, die diskriminiert wurden, weil sie diese Substanzen nicht genommen haben.

Suchen Sie sich Ihren Spot, wo Sie sagen: Das ist mein Punkt, wo ich weiß, da ist die Mauer des Gegners am schwächsten oder unsere Karten am stärksten. Und gehen Sie weiter! Das sind alles nur, ich sage jetzt, unsichtbare Wände. Laufen Sie durch. Laufen Sie durch diese und gehen Sie weiter, ganz unbeirrt, friedlich, sachlich und humorvoll.

[Moderator:] Auch das ein schönes Schlusswort. Vielen Dank.

Verehrte Zuseher, weitere Beiträge dieser Veranstaltung in Dornbirn sind auf HOCH2.TV bereits zu sehen. Die Links dazu finden Sie unter dieser Sendung. Wir bedanken uns an dieser Stelle noch bei HOCH2.TV für die gute Kooperation.

von hr.

Quellen:

Philipp Kruse, Jurist & Rechtsanwalt

WHO-Regelwerke: «Toxisch von A bis Z und vollständig abzulehnen!»

<https://hoch2.tv/sendung/rechtsanwalt-kruse-ueber-who-regelwerke-toxisch-von-a-bis-z-und-vollstaendig-abzulehnen/>

Hier geht's weiter zum Selbst-aktiv-werden

SCHWEIZ: Aktionsbündnis freie Schweiz

Werden Sie aktiv. Schreiben Sie Ihren Politikern! Noch bis 19. Juli
<https://abfschweiz.ch/briefe-an-politiker/>

Das Engagement geht mit Entschiedenheit weiter!

<https://opting-out-igv.ch/>

ÖSTERREICH: Petitionen unterstützen

Keine Zustimmung zum WHO-Pandemievertrag (6/PET)

<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/PET/6?selectedStage=103>

NEIN zu den neuen WHO-Gesundheitsvorschriften

<https://www.openpetition.eu/at/petition/online/nein-zu-den-neuen-who-gesundheitsvorschriften>

Beenden wir die Gesundheitsdiktatur der WHO - wehren Sie sich jetzt, indem Sie diese dringende Petition unterzeichnen!

<https://www.citizenGO.org/de-ch/fr/14804-beenden->

Der Mündige Bürger - ein Rückblick auf die Veranstaltung

https://persoenlichkeitssbildung.at/2025-03-29_DmB/

Das könnte Sie auch interessieren:

#GesundheitMedizin - Gesundheit & Medizin - www.kla.tv/GesundheitMedizin

#Gesundheitssystem - www.kla.tv/Gesundheitssystem

#Interviews - www.kla.tv/Interviews

#PhilippKruse - Philipp Kruse - www.kla.tv/PhilippKruse

#WHO - www.kla.tv/WHO

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- ➔ was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- ➔ wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- ➔ tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter censiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.